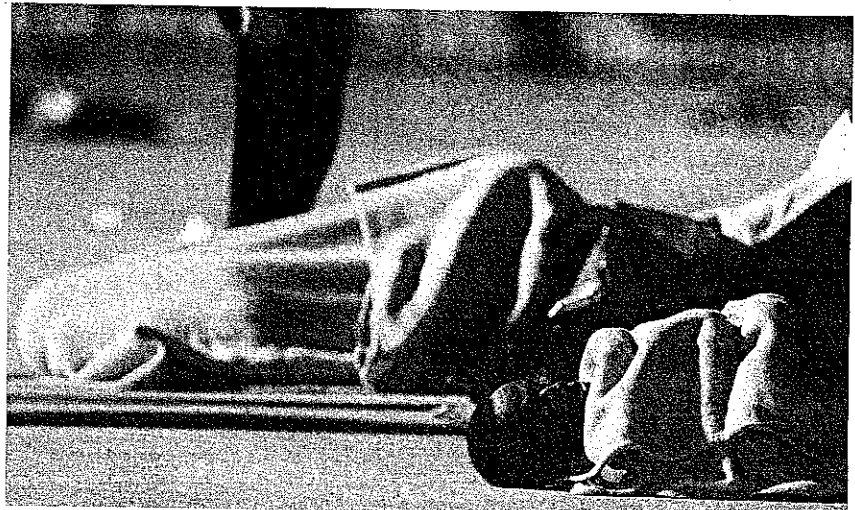


Flüchtlingspolitik

Nach mehrtägiger Irrfahrt rettet die italienische Küstenwache 297 Bootsflüchtlinge. Zunächst hatte Italien die Hilfe verweigert



29 Kinder befanden sich an Bord des Flüchtlingssschiffes



Erschöpft liegen die Bootsflüchtlinge unter Woldecken im Hafen von Pozzallo. Fotos: Marcello Paternostro/afp

Drei Tage und Nächte in Seenot

ITALIEN Weder Malta noch Italien fühlten sich für das Flüchtlings-schiff zuständig. Die beiden EU-Staaten lieferten sich ein makabres Tauziehen um die Zuständigkeit in internationalen Gewässern

AUS ROM MICHAEL BRAUN

Bloß 17 Meter war der Kahn lang, auf dem sich fast 300 Menschen drängten, tagelang schutzlos der stürmischen See, dem scharfen Wind ausgesetzt. Am Freitag, spätestens Samstag hätten sie gerettet werden können – doch erst am Montagabend waren sie schließlich in Sicherheit, da war ihre dramatische Überfahrt von Libyen nach Sizilien zu Ende. 72 Stunden lang waren die Passagiere Spielball nicht bloß der Wellen, sondern eines mittlerweile zur Routine werdenden Tauziehens zwischen Italien, Malta und Libyen.

Und wenigstens einer hat dieses makabre Tauziehen vermutlich mit dem Leben bezahlt. Als am Montagabend zwei Boote der Marine und Finanzpolizei sowie ein Schlepper die 300 Flüchtlinge in den sizilianischen Hafen Pozzallo brachten, zogen die Be-

hörden Bilanz: 46 Frauen, unter ihnen vier Schwangere, befanden sich unter den Geborgenen, außerdem 29 Kinder; der Großteil der Bootsflüchtlinge stammt aus Somalia und Eritrea; 13 Personen wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Krankenhäuser gebracht. Für einen aber kam die Hilfe zu spät: Ein Afrikaner konnte nur noch tot an Land gebracht werden. Offen ist noch, ob ein zügigeres Eingreifen ihn hätte retten können.

Schon seit Freitag wussten die Behörden der drei betroffenen Staaten, dass das Flüchtlingsboot in Seenot war. Zwei Passagiere hatten mit einem Satellitentelefon Verwandte in Italien angerufen und von der Gefahr berichtet, die dem Boot angesichts meterhoher Wellen drohte. Da befand sich das wahrscheinlich in Bengasi ausgelaufene Schiff noch in libyschen Gewässern, näherte sich aber bereits internationa-

lem Gewässer. Das wiederum ist großräumig in SAR-Zonen aufgeteilt. SAR steht für „Search and Rescue“ (Suche und Bergung). Und in jener Zone, die der Kahn mit seinen 300 Passagieren ansteuerte, ist Malta zuständig.

Bis vor kurzem galt in Rom die Philosophie: Wann immer Menschen in der Straße von Sizilien in Seenot sind, werden sie gerettet. Dann schickt Italien Schiffe zu ihrer Rettung, auch wenn die SAR-Zone eigentlich maltesisch ist. Doch damit ist es unter der Regierung Berlusconi vorbei. Am Freitag jedenfalls informierten die italienischen Behörden Libyen und Malta. Zugleich ging die Meldung auch an den italienischen Tanker „Antignano“, der in der Nähe des Flüchtlingssschiffes unterwegs war. Er ist jedoch für Rettungsaktionen völlig ungeeignet und erhielt deshalb den Auftrag, die Situation zu beobachten.

So fand sich also zunächst nur die „Antignano“ bei dem Flüchtlingssschiff ein. Ein paar Lebensmittelpakete ins Wasser werfen und zugleich den Tanker so in Position bringen, dass er dem kleinen Boot wenigstens ein bisschen Schutz vor den Wellen bot: Mehr als das konnte die Besatzung der „Antignano“ nicht unternehmen. Mit 176 Meter Länge ist der Tanker viel zu groß, um sich dem in Seenot befindlichen Flüchtlingsboot richtig zu nähern, ohne sein Kentern zu riskieren. Malta aber benutzte die Anwesenheit eines italienischen Schiffes, um sich aus der Verantwortung zu stellen – der ganze Vorfall sei jetzt Sache der Italiener, hieß es aus La Valletta. Italien wiederum beharrte auf der Zuständigkeit der maltesischen Behörden.

Ebendiesen Standpunkt hatte das Land schon 2004 geltend gemacht, als die „Cap Anamur“ mit 37 Flüchtlingen an Bord Sizilien anließ. Die Tatsache, dass das deutsche Hilfsschiff nicht Malta angesteuert hätte, brachte dem „Cap Anamur“-Chef Elias Bierdel und Kapitän Stefan Schmidt einen jahrelangen Prozess wegen

Schlepperei ein, der erst im Oktober mit einem Freispruch endete. Mittlerweile aber versucht Italien fast routinemäßig die Flüchtlinge an Malta zu delegieren. So kreuzte der türkische Frachter „Pinar“ mit 140 Flüchtlingen an Bord im letzten April tagelang zwischen Sizilien und Malta, ehe die italienischen Behörden klein beigaben.

Und wenn nicht Malta die Anlaufstelle ist, dann eben Libyen: So lautet die von Italien verfolgte Politik. 2008 schlossen Libyen und Italien ein Abkommen zur Bekämpfung illegaler Einwanderung. Verstärkt wurden seit April 2009 Flüchtlingsboote auf offener See abgefangen und direkt nach Tripolis zurückskortiert. Und niemand weiß, wie viele Flüchtlingssschiffe direkt vor der

libyschen Küste abgefangen werden – von jenen libyschen Patrouillenbooten, die Italien spendiert hat und auf denen italienisches Personal mitfährt. Menschenrechtsbedenken – den Flüchtlingen an Bord müsste das Recht zugestanden werden, ihr Begehren nach Asyl oder humanitärem Schutz vorzubringen – wischt Italiens Regierung beiseite: Keiner der seit April Abgefangenen habe je ein solches Begehren vorgetragen. Wie auch?

Auch die jetzt Angekommenen sollten vermutlich gleich wieder zurück nach Libyen. Dafür spricht, dass die Italiener nicht bloß mit zwei Booten, sondern zusätzlich mit einem Schlepper intervenierten. Doch der hohe Seegang hat in diesem Fall wohl eine schnelle Rückschaffungsaktion vereitelt. Und einmal in Italien eingetroffen, dürften die meisten Flüchtlinge kaum noch abzuschleppen sein: Wenigstens die Eritreer und die Somalier erhalten in aller Regel ein humanitäres Bleiberecht, und auch die Flüchtlinge aus anderen afrikanischen Ländern haben jetzt Anspruch auf ein reguläres Asylverfahren.

Auch die jetzt eingetroffenen Flüchtlinge sollten vermutlich gleich wieder nach Libyen gebracht werden

Gefährlicher Verschiebepark

EUROPÄISCHE UNION Viele Regierungen blockieren die Umsetzung von Regelungen, die sie eingefordert haben. So bleibt jeder auf sich selbst angewiesen

Wenn die EU-Regierungen gemeinsame Beschlüsse zur Flüchtlingspolitik fassen, werden Humanität und Solidarität großgeschrieben, zumindest auf dem Papier. Oberstes Ziel sei es, das Leben der Menschen zu retten, die sich auf den gefährlichen Weg begeben haben. Staaten mit europäischen Außengrenzen müssten entlastet werden. Die EU-Kommission wird in regelmäßigen Abständen aufgefordert, sich neue Gesetze auszudenken, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Zuletzt kam sie dieser Bitte vergangene Woche nach, als sie strengere EU-weite Mindeststandards für Asylverfahren vorschlug.

So weit die Theorie. In der Praxis scheitern die schönen Pläne meist am Geld und an der mangelnden Bereitschaft, die Lasten wirklich gemeinsam zu tragen. Dasselben Regierungen, die den Flüchtlingsstrom mit EU-Gesetzen kanalisieren wollen, blockieren hinterher ihre Umsetzung. So ist eben doch wieder jedes Land auf sich gestellt und versucht Flüchtlinge möglichst loszuwerden, bevor sie das eigene Territorium betreten haben. Denn nach geltendem EU-Gesetz ist das jeweilige Aufnahmeland für die gesamte Prozedur und die Versorgung zuständig.

Flüchtlinge müssen dort versorgt werden, wo sie zum ersten

Mal europäischen Boden betreten haben. Auf See, wo die Hoheitsgebiete nicht so leicht zu erkennen sind wie an den Landgrenzen, hat sich deshalb ein lebensgefährlicher Verschiebepark entwickelt. Das kleine Malta, das pro Kopf der Bevölkerung EU-weit die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, drängt die Boote möglichst in italienische Gewässer ab. Italien behauptet gern, die Libyer seien in Wahrheit zuständig.

Innenkommissar Jacques Barrot ist überzeugt, dass nur in Zusammenarbeit mit den Durchreiseländern das Problem gelindert werden kann. Statt bilateraler Rücknahmeabkommen, wie es schon zwischen Italien und Libyen gibt, müsse die EU als Ganzes die Verhandlungen mit den Transitländern führen und vor allem auch das UN-Hoch-

kommissariat für Flüchtlingsfragen einbeziehen. Solche Gespräche sollten auch mit der Türkei geführt werden, um die griechischen Flüchtlingslager zu entlasten und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Menschen in der Türkei ordentlich behandelt würden.

Auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist ein Versuch, für besseren Lastenausgleich zu sorgen. Seit ihrer Gründung vor vier Jahren ist das Budget ständig aufgestockt worden – von 6,2 Millionen Euro 2005 auf 78 Millionen in diesem Jahr. Frontex koordiniert die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Grenzkontrolle und soll mittelfristig allein für den Schutz der EU-Außengrenzen zuständig werden. Sie hilft Mitgliedstaaten dabei, ihre Grenztruppen auszubilden und für einbettliche Stan-

dards zu sorgen. Sie analysiert Wanderungsbewegungen und erstellt auf dieser Grundlage Risikoanalysen für bestimmte Regionen. Vor allem aber vermittelt sie technische und personelle Hilfe wie Schiffe, Helikopter oder Rechtsexperten, die besonders bedrängten Mitgliedstaaten von anderen zur Verfügung gestellt werden.

In die Schlagzeilen ist Frontex immer wieder geraten, weil auch die Koordination von gemeinschaftlichen Abschiebeaktionen zu ihren Aufgaben gehört. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat Frontex vorgeworfen, im Juni Flüchtlinge nach Libyen abgeschoben zu haben. Diesen Vorwurf allerdings weist die Agentur zurück. „Frontex legt Wert auf die Feststellung, dass Helikopter in gemeinsamen Operationen nur die Aufgabe haben, einen Abschnitt zu überwachen, aber nicht an Abschiebungen beteiligt sind.“

DANIELA WEINGÄRTNER

Frontex macht Front

■ Statistik: Laut UNHCR sind im Jahr 2008 etwa 67.000 Menschen illegal aus Afrika und Asien nach Europa eingereist. Davon sind etwa 37.000 Menschen in Italien gelandet, und zwar die meisten auf der kleinen Insel Lampedusa. In Malta kamen im vergangenen Jahr nur 4.331 Flüchtlinge an.

■ Dunkelziffer: Wie viele Menschen genau auf dem gefährlichen Seeweg nach Europa bisher ums Leben gekommen sind, lässt sich nur schätzen. Die niederländische Organisation United for Intercultural Action hat die bekannt gewordenen Todesfälle seit 1992 dokumentiert und ist auf die Zahl von 9.000 gekommen. Die Dunkelziffer liegt vermutlich sehr viel höher.

■ Frontex: Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) wurde 2004 als EU-Gemeinschaftsagentur gegründet. Etwa 6.000 Menschen wurden von ihr im vergangenen Jahr abgefangen.